
– DER PRESSESPRECHER –

Richter am Amtsgericht Dirk Simon
Amtsgericht Stralsund • Bielkenhagen 9 • 18439 Stralsund

Telefon: 03831 - 257460 • Mobil: 0176 - 48197332
E-Mail: simon@richterbund.info oder pressearbeit@richterbund.info

PRESSEMITTEILUNG **vom 11.06.2014**

Protest gegen Gerichtsschließungen in Mecklenburg- Vorpommern gewinnt weiter an Unterstützern

Der Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen Ralf Drescher und der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund Dr. Ing. Alexander Badrow haben sich am 11.06.2014 in Stralsund durch den Vorsitzenden des Richterbundes M-V über die Ziele und den Stand des Volksbegehrens gegen die Gerichtsreform informieren lassen.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen ist durch die mit der Gerichtsreform vorgesehene Schließung des Amtsgerichts Ribnitz-Damgarten und die Herabstufung des Amtsgerichtes Bergen auf Rügen zur Zweigstelle in besonderer Weise betroffen. Im Gespräch wurden nicht nur die Nachteile für diese beiden Städte thematisiert. Auch für Stralsund sieht Badrow mittelfristig die Gefahr, dass Justizeinrichtungen geschlossen werden können. Ihm sei es persönlich wichtig, sich solidarisch im Kreis zu zeigen: „Die Region muss zusammenhalten!“

Der Vorsitzende des Richterbundes M-V, Direktor des Amtsgerichts Axel Peters verwies auf die offensichtlichen Nachteile der Reform, während Vorteile von Substanz nicht erkennbar seien. Für den Landkreis wird die Reform auf jeden Fall Mehraufwand und höhere Kosten bringen. Landrat Drescher erläuterte dies am Beispiel der Jugendhilfe: „Wir haben nach der Kreisgebietsreform bewusst unsere Fachleute der Jugendhilfe in der Fläche gelassen. So ist ein kurzer Weg zu den Familien und den Amtsgerichten in Stralsund, Ribnitz-Damgarten und Bergen auf Rügen gegeben. Das ist auch notwendig, denn das Jugendamt wird regelmäßig in Ausübung der Jugendgerichtshilfe oder auch bei Familiensachen vom Amtsgericht beteiligt. Lange Reisezeiten zum Amtsgericht würden für diese hoch qualifizierten Fachkräfte verlorene Arbeitszeiten bedeuten“ so der Landrat.

Da aber weder Oberbürgermeister noch Landrat ein politisches Mandat von der Bürgerschaft der Hansestadt bzw. vom Kreistag für eine Unterstützung des Volksbegehrens haben, wurde die offizielle Zusammenkunft symbolisch für eine kurze Pause unterbrochen. Diese Zeit nutzten Alexander Badrow und Ralf Drescher, um als Privatpersonen ihre Unterschriften auf einer Liste für das Volksbegehren zu leisten. Sie sind damit die Unterzeichner 69.662 und 69.663 des vom Richterbund Mecklenburg-Vorpommern und dem Verein „Pro Justiz“ angestrebten Volksbegehrens gegen die Gerichtsreform. Bis zum 11.06.2014 haben damit fast 70.000 Einwohner mit ihrer Unterschrift den Bürgerprotest getragen. 120.000 Unterschriften benötigen die Initiatoren, um ein Gesetz in den Landtag einzubringen, das die von SPD und CDU im Oktober 2013 mehrheitlich beschlossene Zerschlagung der bewährten Gerichtslandschaft verhindert.

Die Front der Reformgegner wächst immer weiter. Jüngst rief der Bund Deutscher Kriminalbeamter seine Mitglieder und alle Polizeibeamten des Landes auf, gegen das Reformvorhaben der Landesregierung zu stimmen,

weil sich für die Mitarbeiter der Landespolizei bei der notwendigen Zusammenarbeit mit der Justiz die Wege verlängern, mehr Zeit kosten und ein weiterer Schritt der Landesregierung sind, Mecklenburg-Vorpommern bürger- und besucherunfreundlicher zu gestalten.

Angesichts des aktuellen Standes sprach Richterbundsvorsitzender Peters: „Der Auftakt für die zweite Hälfte der Unterschriftensammlung ist gelungen. Ich würde mir nach dem heutigen Gespräch wünschen, dass die neu gewählte Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund und der neu gewählte Kreistag Vorpommern-Rügen das Volksbegehren ebenfalls unterstützen.“

Der Richterbund Mecklenburg-Vorpommern ist ein Landesverband des Deutschen Richterbundes (DRB). Der Deutsche Richterbund ist der größte Berufsverband der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Deutschland. 25 Landes- und Fachverbände mit rund 15.500 Mitgliedern vereinigen sich unter seinem Dach. Der Deutsche Richterbund vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Regierungen, Parlamenten und Öffentlichkeit.